

## **Exponat des Monats**

**Mai 2022**

### Eine vermeintliche Agenturmeldung über die Entscheidung in der Bundessitzfrage von 1949

Am Abend des 10. Mai 1949 stimmte der Parlamentarische Rat in Bonn darüber ab, welche Stadt die vorläufige Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland werden sollte: Frankfurt oder Bonn. Längst ging es dabei nicht mehr nur um die Sache an sich; vielmehr hatte sich die Frage zu einem erbitterten Parteienstreit zugespitzt. Im Fokus standen zwei Politiker: der Vorsitzende des Parlamentarischen Rates und Bonn-Befürworter Konrad Adenauer und der SPD-Vorsitzende und Frankfurt-Befürworter Kurt Schumacher. Noch am Vormittag schien Frankfurt bereits als Gewinnerin festzustehen, da innerhalb der CDU/CSU-Fraktion nicht alle Abgeordneten für Bonn stimmen wollten und Adenauer daher mit Blick auf die Stimmenverteilung im Gesamtplenium die erforderliche Mehrheit fehlte. Der Ausgang der Abstimmung ist heute allgemein bekannt. Doch wie kam es dazu, dass die Wahl im letzten Moment doch noch auf Bonn fiel? Die Annahme, „fake news“ seien ein Phänomen der Gegenwart, ist ein Irrtum. Denn bereits damals bediente man sich gezielt manipulierter Informationen, um ans Ziel zu gelangen. So erhielt Bonn die erforderliche Mehrheit letztlich auf Grund eines gefälschten Fernschreibens. Eine Fassung dieses Textes, der den Lauf der Geschichte für die nächsten Jahrzehnte so maßgeblich beeinflussen sollte, befindet sich im Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

Im Laufe des 10. Mai 1949 trafen sich Kurt Schumacher und andere führende SPD-Politiker in Köln, um vertraulich über die anstehende Abstimmung zu beraten. Nach dieser Sitzung wurde die Korrespondentin der Deutschen Nachrichtenagentur (DENA), Elfriede Moritz, von einem der Teilnehmer angerufen und über den Inhalt unterrichtet. Moritz war mit Franz Hange, seinerseits Mitarbeiter beim Deutschen Pressedienst (dpd), liiert und reichte ihm das zuvor verfasste Schreiben. Hange und der außenpolitische Redakteur der Kölnischen Rundschau Heinrich Böx, späterer Regierungssprecher, gingen gemeinsam an die Arbeit. Sie bearbeiteten das Schreiben und ließen es auf den Fernschreiber in Hanges Büro übertragen. Zuvor hatte Hange den „Warteklinken“-Modus eingestellt, sodass das Schreiben nur den Anschein eines offiziellen Fernschreibens erweckte, jedoch nicht an die Agenturzentrale nach Hamburg weitergeleitet wurde. Es wurden mehrere Kopien von diesem Schreiben erstellt und verteilt. Eine Ausfertigung erhielt Konrad Adenauer. Er sah darin die letzte Chance, doch noch die erforderliche Mehrheit für Bonn zu erreichen. Unverzüglich rief er eine Sondersitzung der CDU/CSU-Fraktion ein, vor der er den Inhalt des vermeintlich offiziellen dpd-Schreibens wie folgt wiedergab:

„Der SPD-Vorsitzende Schumacher erklärte in Köln, eine Wahl Frankfurts als Bundessitz bedeute eine Niederlage für die CDU/CSU. Auch dieses Mal wollten starrköpfige Außenseiter innerhalb der CDU/CSU verhindern, daß die Fraktion im Parlamentarischen Rat für Bonn stimme. Die Entscheidung des Bundessitzes sei für die SPD von großer politischer Bedeutung.“

Die im Archiv befindliche Fassung deckt sich nicht exakt mit Adenauers Wortlaut, sondern geht noch weiter. Demnach sei die Wahl Frankfurts eine Prestigefrage für die SPD, welche einen taktischen Wahlkampfsieg brauche. Ein solcher sei durch die geschlossene Haltung der SPD gewährleistet, da sich die CDU/CSU nie so geschlossen zeige. Dennoch handelt es sich hierbei höchstwahrscheinlich um die besagte Ausfertigung, die Konrad Adenauer vor der Sondersitzung erhielt und auf deren Inhalt er sich dabei stützte, auch wenn sie keinen dpd-Briefkopf aufweist.

Die Versuche der SPD-Führung, die in Umlauf geratenen, falschen Aussagen zu dementieren, scheiterten. Es war bereits zu spät. Die durch die angebliche Siegesicherheit Schumachers und die Stilisierung der Bundessitzfrage zur parteipolitischen Machtprobe heraufbeschworene Fraktionsgeschlossenheit brachte Adenauer im Parlamentarischen Rat letztlich die erforderliche Mehrheit für Bonn ein. So erhielt Bonn – entgegen der Erwartungen – 33 Stimmen. Was damals niemand ahnen konnte: Für mehr als 40 Jahre sollten die Bundesorgane am Rhein verbleiben.

Text: Sarah Spitz

Quellen: StBKAH I/09.20.

Literatur:

- Dreher, Klaus: Treibhaus Bonn - Schaubühne Berlin: deutsche Befindlichkeiten, Stuttgart 1999.
- Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat: Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion; eingeleitet und bearbeitet von Rainer Salzmann, Stuttgart 1981, Nr. 162.

der parteivorstand der spd beschaeftigte sich auf seiner parteikonferenz am dienstag in brueck auch eingehend mit der frage des kuenftigen bundessitzes, due an gleichen tage vom plenum des parl rates entschieden werden wird. wie aus teilnehmerkreisen bekannt wird, hat der erste vorsitzende der spd, drm

kurt schumacher, der erstmalig wieder ausserhalb hannovers an einer vorstandssitzung teilnahm, dem sozialdemokratischen parteigremium die gruende dargelegt, weshalb die spd sich fuer frankfurt entscheiden muesse. schumacher, sagte ein teilnehmer, habe den mitgliedern der sozialdemokratischen fraktion des parl rates, die ebenfalls der parteivorstandssitzung beiwohnten erklaert, frankfurt sei fuer die spd eine prestige frage nach mancherlei konzessionen, die sie der cdu-csu beu den arbeiten am grundgesetz gemacht habe, nachdem die spd mit der cdu gemeinsam die provisorische verfassung verabschiedet habe; brauche die sozialdemokratie fuer den kommenden wahlkampf einen abschliessenden taktischen erfolg. das sei durch die geschlossene haltung der spd - fraktion so gut wie gewaehrleistet, zumal die cdu-csu niemals eine solch geschlossene haltung gezeigt habe und auch dieses mal, wie schumacher sich ausgedrueckt haben soll anf. eubuge starrkoeffige aussenseiter inner halb der cdu-csu -abf. es verhindern wuerden, dass s diese fraktion im parl rat geschlossen fuer bonn stimme. die entscheidung ueber den bundessitz sei fuer die spd von grosser politischer beudeutung. die geschlossene uebersiedlung des parteivorstandes vn von hannover nach cfrakxx frankfurt liege auf dieser linie. in frankfurt wuerde sich der einfluss der spd fuer den aufbau des bundes und die gestaltung der bundesregierung leichter auswirken als in bonn.